



Presseschau vom 07.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess teilt mit, dass zum Stand am 6. April 2018 die ukrainischen Kollegen im GZKK keine einzige zuvor angefragte Sicherheitsgarantie gewährt haben.

Von 15 übergebenen Anfragen zur Gewährung von Sicherheitsgarantien für die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten wurden 13 ignoriert....

Bei den Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten handelt es sich um Arbeiten vor allem um Arbeiten an Stromleitungen, die zum Teil auch Objekte der Wasserversorgung mit Strom versorgen. ...

Wir stellen fest, dass die Nichtabstimmung von Sicherheitsgarantien von Seiten der ukrainischen Kollegen im GZKK systematischen Charakter trägt.

Die ukrainische Seite erfüllt die übernommenen Verpflichtungen nicht und politisiert weiter die Frage des Wiederaufbaus der Infrastruktur und die Gewährleistung der Grundrechte der Einwohner des Donbass.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, bei der Gewährleistung von Sicherheitsgarantien durch die ukrainische Seite im GZKK Unterstützung zu leisten, um eine Verschlechterung der humanitären Situation auf dem Territorium des Donbass zu verhüten.

de.sputniknews.com: „Sich von Illusionen verabschieden“: Moskau verspricht Washington harte Antwort

Russland wird die neuen US-Sanktionen nicht unbeantwortet lassen. Das russische

Außenministerium fordert Washington in einer Erklärung am Freitag auf, endlich auf die Illusion zu verzichten, dass mit Moskau die „Sanktionssprache“ gesprochen werden dürfe. „Wir haben mehrmals betont, dass Druckmaßnahmen Russland nicht von der gewählten Richtung abwenden werden. Sie zeigen nur die Unfähigkeit der USA, die gestellten Ziele zu erreichen, und bringen die russische Gesellschaft noch enger zusammen“, heißt es in Mitteilung. „Natürlich lassen wir die aktuellen und jede neuen antirussischen Ausfälle nicht unbeantwortet. Allerdings möchten wir Washington vor allem raten, möglichst schnell die Illusion loszuwerden, dass mit uns die Sanktionssprache gesprochen werden darf.“

Dutzende Druckversuche

Wie das Ministerium ferner mitteilt, sind die heute verhängten US-Sanktionen gegen russische Unternehmer, Politiker und Betriebe schon der 50. Versuch Washingtons seit 2011, mittels Strafmaßnahmen Druck auf Moskau auszuüben. Darüber hinaus drohe Washington, die russischen Staatsaktiva einzufrieren, und vergesse dabei, dass die Entwendung von privatem Eigentum oder fremden Geldern Diebstahl genannt werde.

Nachdem die US-Sanktionen bisher erfolglos geblieben seien, versuchen die Amerikaner nun „unseren Unternehmen einen Schlag zu versetzen, die seit Langem Geschäftskontakte zu den USA pflegen, von denen Tausende Arbeitsplätze abhängen“, heißt es weiter.

Sie zielen also gegen einfache US-Bürger ab, ihre eigenen Wähler, und zerstören die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ihren Ungunsten. Mit den neuen Sanktionen zeige sich Washington „praktisch als Gegner der Marktwirtschaft und der freien fairen Konkurrenz“.

Die amerikanische Demokratie degradiere eindeutig, so das Außenministerium. Es bleibe nur der Wunsch, mit jeglichen Mitteln eine globale Hegemonie der USA zu gewährleisten.

Am Freitag haben die USA ihre Anti-Russland-Sanktionen um 38 russische Unternehmer, Politiker und Unternehmen erweitert. Formell begründete die US-Administration die neuen Sanktionen mit einem „destabilisierenden Verhalten“ Russlands und angeblichen Versuchen, die „westliche Demokratie zu untergraben“.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

20:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Majskoje (ukr. Trawnewoje) auf **Dolomitnoje** eröffnet, es wurden 7 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet. Für 20:55 ist ein Regime der Ruhe angefragt.

20:30 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka (Truppenteil) auf **Spartak** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet für 21:00 ist ein Regime der Ruhe angefragt.

20:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 11 Granatgeschosse abgeschossen, außerdem wurden 10 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

21:07 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wiktorowka auf **Dokutschajewsk** eröffnet, es wurden 15 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben. Für 21:40 ist ein Regime der Ruhe angefragt.

21:30 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks auf **Spartak** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Für 22:00 ist ein Regime der Ruhe angefragt.

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben **viermal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Kalinowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit (Stand 07.04.18, 06:00): in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 23.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka, Dolomitnoje, Wasiljewka), Jasinowataja, Spartak, Donezk (Trudowskije), Dokutschajewsk, Leninskoje, Sachanka, Dsershinskoje.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 305.

Wir erinnern daran, dass zuvor mitgeteilt wurde, dass in der Folge von Scharfschützenfeuer ein Soldat der Armee der DVR, geb. 1965, starb.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 268.

Seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Innenminister spricht von Vorbereitung auf Donbass-Einnahme

Der ukrainische Innenminister Arsen Awakow hat am Freitag mitgeteilt, dass die Polizei und die Nationalgarde des Landes aktuell auf eine Operation im Donbass vorbereitet werden.

„Wir verstehen, dass die Befreiung des Donbass-Territoriums und die Wiederherstellung der Kontrolle über die Ostgrenze eine Polizei-Operation unter Beteiligung von Friedenstruppen, aber keine Militäroperation sein werden. Die Kräfte des Innenministeriums – die Polizei und die Garde – bereiten sich auf diese Variante vor“, so Awakow.

Am 5. April hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko angekündigt, dass die „Anti-Terror-Operation“ im Donbass im Mai zu Ende gehen werde. Danach soll das Format der Militärhandlungen geändert werden.

Zuvor hatte Awakow die Polizei und Nationalgarde der Ukraine aufgerufen, sich auf Aktivitäten auf dem Territorium des Donbass und der Krim vorzubereiten.

dnr-news.com: Awakow kündigte die Vorbereitung einer Polizeioperation „zur Deokkupation des Donbass“ an

„Der Innenminister der Ukraine Arsen Awakow hat die Vorbereitung einer Polizeioperation zur „Deokkupation des Donbass“ angekündigt. Dies berichtet die Behörde auf ihrer Facebook-Seite.

„Wir prüfen heute mehrere Varianten der Entwicklung des Szenarios im Osten.

Wir verstehen, dass die Befreiung der Territorien des Donbass und die Wiederherstellung der Kontrolle über die östlichen Grenzen eine Polizeioperation sein wird, gemeinsam mit den Friedenstruppen, nicht mit der Armee. Die Kräfte des Mdl – Polizei und Garde – bereiten sich auf diese Variante vor“, sagte er.

Awakow, der sich heute mit Vertretern der Delegation des Amerikanischen Rates für Außenpolitik und des Analysezentriums des Kongresses traf, dankte auch der Regierung der USA für ihre „klare Haltung zur Bekämpfung der russischen Aggression“.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1523038028_5ac7ad9c183561a7708b4573-1.jpeg

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Syrische Armee startet Militäroperation gegen Dschaisch al-Islam

Die syrische Armee hat eine Militäroperation gegen die Kämpfer der Gruppe Dschaisch al-Islam* in der Stadt Duma in Ost-Ghuta als Antwort auf die Raketenbeschießungen der Wohnbezirke von Damaskus begonnen. Das meldet die syrische Nachrichtenagentur Sana unter Berufung auf eine Militärquelle.

Demzufolge habe die syrische Luftwaffe „auf die Quellen des Feuers, das die Terroristen auf die Wohnbezirke eröffnet hatten, geantwortet“.

„Die Terroristen von Dschaisch al-Islam bremsen die Absprache über Duma und weigern sich, die sich in Duma befindenden entführten Menschen freizulassen“, hieß es von der Agentur.

Nach Sanas Angaben beschossen die Einheiten der syrischen Armee die Basen von Dschaisch al-Islam in der Duma Region aus Raketenwerfern.

Früheren Berichten zufolge brachen die Terroristen die Vereinbarungen mit der syrischen Armee, die unter Russlands Vermittlung getroffen worden waren, und eröffneten Feuer aus Minenwerfern auf den humanitären Korridor in der Siedlung Muhayam al-Wafedin sowie auf Dachija al-Assad, einen Randbezirk der syrischen Hauptstadt. Wegen des Beschusses kamen vier Menschen ums Leben, weitere 22 erlitten Verletzungen.

Dnr-online.ru: Wie zuvor von der Vertretung der DVR im GZKK mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen Truppen heute Morgen das Feuer mit Schusswaffen auf **Jelenowka** eröffnet, in der Folge wurde **eine friedliche Einwohnerin verletzt**, die sich während des Beschusses **am Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“** befand.

Nach vorläufigen Informationen erlitt die Frau eine Schussverletzung an der Schulter, sie wurde mit einem Krankenwagen weggebracht. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Zuerst Kontakte zu Berlin, Paris und Washington: Und dann „Druck auf Russland“ – Kiew

Die Ukraine wird Druck auf Russland in der Frage der Stationierung von Friedenstruppen im Donbass ausüben, wie der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin gegenüber dem TV-Sender „Inter“ äußerte.

Der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, plant laut den Aussagen von Klimkin in der nächsten Zeit die Details der UN-Friedensmission im Donbass mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu besprechen. Diese Frage sei bereits mit der französischen Seite bei dem jüngsten Besuch des französischen Außenministers, Jean-Yves Le Drian, behandelt worden. Danach sollte dies auch mit US-Vertretern besprochen werden.

Als Ergebnis aller Verhandlungen soll laut Klimkin eine entsprechende Resolution bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates beschlossen werden.

„Nun haben wir eine einheitliche Position: Deutschland, Frankreich, die USA. Nach diesen Kontakten auf hoher Ebene werden wir Druck auf Russland ausüben, damit das (die Stationierung der Friedenstruppen – Anm. d. Red.) umgesetzt wird. Wir müssen es als Schub dafür tun, damit dies beginnt“, wird Klimkin von der Zeitung „Ukrainskaja prawda“ zitiert.

Zuvor hatte der russische Präsident, Wladimir Putin, vorgeschlagen, UN-Friedenstruppen im Donbass zum Schutz der OSZE-Beobachter an der Trennlinie zwischen den Volksrepubliken und den von der Ukraine kontrollierten Territorien zu stationieren.

Kiew besteht hingegen darauf, dass die UN-Friedenstruppen auf dem ganzen Territorium der Ukraine und im Donbass bis hin zur russischen Grenze agieren sollen.

Ukrinform.ua: Außenminister Klimkin über Voraussetzungen für „Normandie“-Treffen
Die Ukraine ist zu einem Außenministertreffen im „Normandie“-Format bereit, wenn auf der Tagesordnung solche Themen wie die Sicherheit, die Freilassung von Gefangenen und die UN-Friedensmission stehen werden.

Das erklärte der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, im Fernsehsender „Inter“, berichtet 112.ua. Über das Treffen kann man aber nach einer Koordinierung von Positionen der Außenminister der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs sprechen, sagte er. In den nächsten Tagen werde er mit dem deutschen Minister darüber reden. „Zuerst werden wir uns zu dritt treffen oder ein Telefongespräch durchführen, dann werden wir sehen, was haben wir für das Treffen mit Russland“, so antwortete der Minister auf die Frage nach möglichen „Normandie“-Treffen in der nächsten Zeit.

Laut Klimkin sind die Sicherheit, die Freilassung von Gefangenen und die UN-Friedensmission Schlüsselthemen. „Ich habe meinem französischen und deutschen Kollegen gesagt, wenn wir diese drei Themen auf die Tagesordnung setzen, versammeln wir uns zu viert. Wir hoffen sehr auf das baldige Treffen“, betonte der Minister.

Das für den 16. Februar geplante Außenministertreffen im „Normandie“-Format am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz war abgesagt worden. Das bilaterale Treffen von Klimkin und dem russischen Chef-Diplomat Sergei Lawrow endete ergebnislos.

Dan-news.info: Eine riesiger Festzug aus Anlass des vierten Jahrestags der Ausrufung der Donezker Volksrepubliken begann heute im Zentrum von Donezk.

Nach Angaben der Organisatoren nehmen an dem Zug etwa 10.000 Menschen teil. Die Zug hat an der Donezker republikanischen wissenschaftlichen Krupskaja-Bibliothek begonnen und geht in Richtung des zentralen Platzes der Hauptstadt, des Lenin-Platzes. Dort werden eine Kundgebung und ein Konzert stattfinden.

An dem Zug nehmen Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und der Jugendorganisation „Molodaja Respublika“ teil. An der Spitze der Kolonne geht ein Blasorchester der Donezker Militärschule. Unter den Teilnehmern sind der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin, die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa, der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin, Abgeordnete und Vertreter örtlicher Verwaltung.

„Es sind bereits vier lange Jahre vergangen, seit der Donbass sich nicht mit dem Staatsstreich in Kiew abgefunden hat und beschlossen hat, selbst die Verantwortung zu übernehmen. Wir haben einen sehr mutigen und kühnen Schritt unternommen, aber das war nur der erste. Der Preis unseres Handelns ist sehr hoch, aber wir siegen und werden auch weiterhin siegen“, sagte Puschilin zu den Versammelten.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/04/dan-news.info-2018-04-07_09-07-27_118745-dsc_0362-1024x680.jpg

de.sputniknews.com: Nord Stream 2: „Offensive für Ukraine, Energie-Erpressung von EU“ – Kiews Fieberwahn

Der Vorsitzende der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Andri Parubi, hat im Projekt Nord Stream 2 eine militärische Bedrohung für Kiew gesehen. Das folgt aus seinem Auftritt bei einer Konferenz zur nationalen Sicherheit der Ukraine, meldet die Agentur Unian. Moskau hat auf diese Worte scharf geantwortet.

„Der Start von Nord Stream 2 kann auch eine direkte militaristische Bedrohung darstellen, die eine erneute groß angelegte Offensive russischer Truppen auf die Ukraine provozieren kann“, zitiert die Agentur den Abgeordneten.

Angeblich wolle Russland eine „Energie-Erpressung“ einsetzen, um die politischen Vorgänge, unter anderem in den europäischen Ländern, zu beeinflussen. In der Verwirklichung des wirtschaftlichen Projektes Nord Stream 2 sehe Parubi „eine aggressive Absicht Moskaus zur Druckausübung auf die Europäische Union“.

Die ukrainischen Machthaber versuchen Russland als äußeren Feind darzustellen, den sie für die inneren Probleme verantwortlich machen wollen, äußerte der Vize-Vorsitzende des

Verteidigungsausschusses der Staatsduma (Russisches Parlamentsunterhaus), Juri Schwytkin, gegenüber dem Sender RT.

„Das ist ein weiterer Fieberwahn. Russland hat nie aggressive Pläne gegen die Ukraine oder einen anderen Staat entwickelt“, so der Politiker.

Die Ukraine hatte früher die europäischen Länder aufgerufen, der Realisierung des Projektes Nord Stream 2 Widerstand zu leisten. Später äußerte der Chef der Generaldirektion Energie in der EU-Kommission, Dominique Rostori, dass die Europäische Kommission das Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2 nicht unterstützen werde.

Nord Stream 2 ist das Projekt einer Gaspipeline, die aus Russland über den Meeresgrund der Ostsee direkt nach Deutschland führt. Das Projekt wird von der Nord Stream 2 AG in die Tat umgesetzt. Der russische Gasgigant Gazprom verfügt über 51 Prozent der Aktienanteile dieser AG. Bis Ende 2019 ist die Inbetriebnahme der Pipeline geplant. Ihre Kapazität soll 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen.

wpered.su: Die Kommunisten feierten den vierten Jahrestag der Ausrufung des Akts und der Deklaration über die Unabhängigkeit der DVR

Am 7. April fand in Donezk eine Festveranstaltung aus Anlass des vierten Jahrestags der Annahme des Akts der Ausrufung der staatlichen Selbständigkeit der DVR und der Deklaration über die Souveränität der DVR statt. An ihr nahmen Vertreter der Kommunistischen Partei der DVR teil, berichtet ein Korrespondent der Seite „Wperjod“. „Zu diesem Zeitpunkt vor vier Jahren gab es im Donezker Oblast eine Partei, die den Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt hat – das ist die Kommunistische Partei. Zu diesem Zeitpunkt fielen alle übrigen Parteien wie ein Kartenhaus zusammen. Am 6. April erklärte das Volk bei einer Kundgebung seine Bereitschaft, einen Kongress politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen durchzuführen. Wir baten die Oblast- und städtischen Behörden den Willen des Volkes zu hören, was jedoch nicht geschah. In der Folge ging das Volk zur Verwaltung und nahm sie im Sturm ein. Am 7. April baten wir, eine Sitzung des Oblastparlaments einzuberufen, bei dem das Volk seine Forderungen erklären würde. Aber auch das Oblastparlament versammelte sich nicht. Und dann haben Vertreter territorialer Versammlung, politischer Parteien, gesellschaftlicher Organisationen beschlossen, einen Kongress durchzuführen. Auf diesem Kongress wurden der Akt, die Deklaration und die Entscheidung über die Bestätigung dieser Dokumente ausgerufen. Am Vortag, in der Nacht vom 6. auf den 7. April, gab es diese Dokumente noch nicht. Die Organisatoren der Kundgebung wandten sich an die Kommunisten, damit diese sie vorbereiten. Und mir gelang es in der Nacht, sowohl den Akt als auch die Deklaration und das Dokument über deren Bestätigung vorzubereiten. Danach wurde der Kurs auf ein Referendum eingeschlagen“, berichtete der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/04/DSC_0021-1024x683.jpg



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/04/DSC_0025-1024x683.jpg

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Vormittag

08:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Taramtschuk auf **Jelenowka** mit Schusswaffen eröffnet.

10:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben aus Richtung Awdejewka **Jasinowataja** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Für 11:20 ist ein Regime der Ruhe angefragt.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Der Feind schoss mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen und hat auch sieben Mörsergeschosse abgeschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Ortschaften **Wasiljewka, Schirokaja Balka und Dolomitnoje** von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschossen, auf die der Feind sechs Mörsergeschosse abgeschossen und mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen hat.

In Richtung Mariupol hat der Feind **Leninskoje, Dsershinskoje und Sachanka** mit Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen und 16 Mörsergeschossen des Kalibers 82mm beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden **23 Mal** den „Osterwaffenstillstand“ verletzt.

Heute Morgen wurde durch ein weiteren gemeinen Scharfschützenschuss eine **Zivilistin**, geb. 1963, die aus Richtung der Ukraine in unsere Richtung der Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ passierte, **am Rücken verletzt**. Die Verletzte wurde in das nächste Krankenhaus in Dokutschajewsk gebracht, wo ihre ärztliche Hilfe geleistet wurde.

Wir nehmen an, dass das Ziel des Scharfschützen tatsächlich war, die Frau zu verletzen. Es gibt einige Informationen, die darauf verweisen, dass der Schuss von einem der Absolventen einer der Ausbildungszentren der ukrainischen Streitkräfte abgegeben wurde, die vor kurzem zum Praktikum in die Zone der sogenannten „ATO“ gekommen sind.

Außerdem wurde gestern durch einen verräterischen Schuss eines Scharfschützen **ein Soldat der Streitkräfte der DVR getötet**, der sich im Hinterland unserer Positionen befand.

Das ist eine grobe Verletzung des „Osterwaffenstillstands“. Und dieser Fall zeugt davon, dass die ukrainische Seite nicht in der Lage ist, ihre Versprechungen zu erfüllen. Sie handelt gemein und hinterücks. Faktisch nutzen die ukrainischen Nazisten das Regime der Ruhe, um unsere Soldaten und friedlichen Einwohner in den Rücken zu schießen.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf, dies zu registrieren und eine sorgfältige Untersuchung dieses Mords durchzuführen.

Wir schließen nicht aus, dass die für das Verbrechen verwendete Waffe ein weitreichendes Scharfschützengewehr ausländischer Herkunft ist. Dies kann aufgrund des Abstands, aus dem der tödliche Schuss erfolgt ist, angenommen werden.

Die Situation bezüglich der Durchführung einer Untersuchung zum Fall des Eindringens einer Erkundungsgruppe auf ein Minenfeld in der Nähe unserer Positionen hat eine Entwicklung erfahren.

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, wurde von einer Kommission des Stabs der sogenannten „ATO“ eine Untersuchung durchgeführt und Vorschläge für die Bestrafung der Schuldigen abgegeben.

Najew hat diese Vorschläge bestätigt, in denen die Schuld nur auf die Aufklärer selbst und ihre nächsten Kommandeure geschoben wird und hat einen entsprechenden Befehl zur

Bestrafung erteilt.

Dieser Fakt erhielt seine erzieherische Wirkung – einer der Kommandeure der Aufklärer beging Selbstmord. Bei ihm wurde ein Abschiedsschreiben gefunden, in dem er die Verantwortung für den Selbstmord dem Kommando zuweist.

Außerdem verweist der Tote darauf, dass er aus Überzeugung in die sogenannten „ATO“ gegangen ist und um Geld für seine Familie zu verdienen, aber das Kommando ihn in jeglicher Weise einzelne Zahlungen aus verschiedenen, bisweilen erdachten, Gründen entzogen hat.

Außerdem hat er die Leser seines Briefes aufgerufen, den Militärdienst zu verlassen und entweder in eine private Militärkompanie zu gehen, wo man besser zahlt, oder einfach zum Geldverdienen nach Russland zu gehen.

de.sputniknews.com: Deutsche Hilfsorganisation spendet MRT-Gerät für Krankenhaus in Lugansk

Die deutsche Hilfsorganisation „Zukunft Donbass“ möchte ein MRT-Gerät an ein Krankenhaus in Lugansk schicken. Trotz politischer Behinderung gelingt es dem Aktionsbündnis seit zwei Jahren, medizinische Hilfslieferungen in die nicht anerkannte Volksrepublik in der Ostukraine zu senden. Auf ihre Arbeit wurde nun auch das Auswärtige Amt aufmerksam.

Iwana Steinigk ist glücklich, aber auch wütend. Die Organisatorin von Hilfstransporten in die nicht anerkannte Volksrepublik Lugansk in der Ostukraine ist berührt von der Vielzahl an Spenden aus der deutschen Bevölkerung für die Menschen im Donbass. Zugleich ärgert sie die einseitig negative Berichterstattung über Russland und die ukrainischen „Separatisten“ in den deutschen Medien und die Ignoranz der westlichen Politiker.

Hinter dem Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ stecken gerade einmal fünf bis sechs Personen um das Mutter-Tochter-Gespann Raisa und Iwana Steinigk, die sich in Sachsen und Thüringen unermüdlich für die Menschen im Donbass einsetzen, Informationsveranstaltungen organisieren, Menschen um Spenden bitten und sich an Krankenhäuser und Unternehmen wenden. Raissa Steinigk ist russischstämmige Ukrainerin. Ihre in Deutschland aufgewachsene Tochter Iwana erzählt im Sputnik-Interview:

„Wir bekommen sehr viele Zuschriften von Leuten, die das gut finden, was wir machen, die uns unterstützen wollen. Und wir haben bisher noch keine negativen Äußerungen bekommen. Ich denke, der Kreis der Leute wird immer größer, die mit der offiziellen Interpretation oder Leslinie nicht mehr einverstanden sind oder die der Meinung sind, dass da nur die halbe Information rüberkommt.“

15 Tonnen Spezialtransport ins Kriegsgebiet

Nun ist es den Aktivisten gelungen, von einem Lieferanten für medizinische Geräte in Bayern eine Magnet-Resonanz-Tomographie-Anlage (MRT) als Spende zu bekommen. Das 20 Jahre alte Gerät soll an das städtische Krankenhaus Nr.7 in Lugansk übergeben werden. Es wäre das erste MRT, das von einer deutschen Hilfsorganisation in die Volksrepublik Lugansk gebracht wird. Bisher gibt es in ganz Lugansk nur ein, dazu noch bedeutend älteres, MRT-Gerät für die circa 1,2 Millionen Einwohner der Volksrepublik.

Für den Spezialtransport der 15 Tonnen schweren MRT-Anlage nach Lugansk braucht der Verein nicht nur einen LKW, sondern auch einen Hebekran. Außerdem muss ein Techniker mitreisen, der das Gerät in Lugansk wieder zusammenbaut. So sind allein für den Transport 5000 Euro veranschlagt, wofür das Aktionsbündnis gerade Spenden auf der Plattform Better Place sammelt. Parallel wird ein weiterer Transport mit OP-Tischen, vier Tonnen Kindernahrungsmitteln und drei Tonnen Klinikwäsche vorbereitet, für den ebenfalls zu Spenden aufgerufen wird.

Nur über den Umweg Russland

„Zukunft Donbass“ hat bereits mehrere Hilfstransporte an zwei Krankenhäuser in Lugansk

und Perwomajsk in der Lugansker Volksrepublik organisiert. Die beiden Krankenhäuser übergeben „Wunschlisten“, die die deutschen Aktivisten dann abzarbeiten versuchen. So konnten seit 2016 viele Tonnen medizinische Geräte, Verbandsmaterial und chirurgische Instrumente in den Donbass geliefert werden, wie Sputnik berichtete.

Für den Transport nutzt das Aktionsbündnis eine belarussische Spedition, da kein deutsches Unternehmen bereit ist, in die vom Bürgerkrieg betroffenen Gebiete zu fahren.

Auch müssen die LKW den teureren Umweg über Russland nehmen, da die Lieferungen kleinerer Hilfsorganisationen von der Ukraine nicht über den direkten Weg durch die Ukraine in die Volksrepubliken gelassen werden. Auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke äußerte die Bundesregierung, dass sie Hilfslieferungen in die Volksrepubliken grundsätzlich befürwortet, jedoch nur, wenn sie den offiziellen Weg über die Ukraine nehmen. Dies ist laut Steinigk jedoch so gut wie unmöglich:

„Solange man sich nur auf die humanitären Aspekte konzentriert, hat die deutsche Regierung nichts dagegen oder auch keine Möglichkeiten, zu intervenieren. Worauf man nur immer wieder hingewiesen wird, ist, dass es zwischen der Ukraine und der Bundesrepublik Absprachen oder Vereinbarungen gibt, an die man sich bitte zu halten hat. Zum Beispiel, dass man den vorgeschriebene Transportweg einzuhalten hat, dass man diese Gebiete im Osten der Ukraine auf dem innerukrainischen Weg anzufahren hat. Das funktioniert aber in der Praxis nicht.“

Anruf vom Auswärtigen Amt

Es gab sogar eine Beschwerde der ukrainischen Botschaft beim Auswärtigen Amt über das Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“. Der Vorwurf lautete nicht überraschend: illegale Einreise in die Ukraine über die nicht anerkannte Grenze zwischen den Volksrepubliken und Russland. Daraufhin rief das Auswärtige Amt sogar bei Frau Steinigk an:

„Die haben uns ausgefragt: was wir machen, warum wir das machen, wie wir das machen. Wir hatten ein langes Telefonat. Am Ende sind wir so auseinandergegangen, dass wir unsere humanitäre Arbeit weiter durchführen werden. Wenn es für uns möglich wäre, würden wir gern den kürzeren Weg durch die Ukraine nehmen. Da wir aber nach Anfragen bei den ukrainischen zuständigen Behörden keine Antwort bekommen haben, müssen wir leider auf die andere Strecke ausweichen“, so Iwana Steinigk.

Unterstützung aus der Bevölkerung – Zurückhaltung aus der Politik

Die Beschaffung der Hilfsmittel und das Gewinnen von Spenden gestaltet sich für die Aktivisten ambivalent. Auf der einen Seite gibt es eine verhältnismäßig große Sympathie und Unterstützung aus der Bevölkerung und auch eine gute Zusammenarbeit mit deutschen Krankenhäusern, aber auch mit der Evangelische Kirche oder Produzenten von Babynahrung. Als Spender werden Kliniken, Arztpraxen oder Hersteller medizinischer Geräte angesprochen, die Geräte aussortieren und dem Hilfsprojekt unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Allerdings erhält das Aktionsbündnis keinerlei politische Unterstützung. Und viele Unternehmer halten sich aufgrund der politischen Ausrichtung des Westens in Bezug auf den Ukraine Konflikt lieber zurück. Entsprechend berichten die großen Medien nicht über die Arbeit der Donbass-Unterstützer.

„Es handelt sich für mich nicht um Separatisten“

Zu dem Vorwurf, dass das Aktionsbündnis quasi die „Separatisten“ unterstützt, meint Steinigk:

„Es handelt sich für mich bei den Menschen dort nicht in erster Linie um Separatisten, mit dieser Negativkonnotation, sondern um Menschen in einer Region in der Ostukraine, die sich für etwas Anderes entschieden haben, als ihnen von Kiew im Sommer 2014 angeboten wurde. Der größte Teil der Bevölkerung dort ist völlig unverschuldet in diesen bürgerkriegsähnlichen Zustand geraten. Politische Differenzen werden dort eben auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen. Und denen wollen wir helfen.“

Noch immer finden fast täglich Angriffe von Seiten der ukrainischer Armee und

Freischärlerkorps auf Städte und Dörfer in den selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk statt. Auch Krankenhäuser geraten immer wieder unter Beschuss, werden von Granaten getroffen und beschädigt. Die verletzten Menschen müssen medizinisch versorgt werden. Entsprechend ist die Aufrechterhaltung der Arbeit der Ärzte und des Krankenhauspersonals lebensnotwendig für die Region.

Seit September engagiert sich das Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ auch für drei Kinderheime in Lugansk. Für die Jüngsten werden Kinderkleidung, Schulmaterialien und Spielzeug gesammelt. Ein Transport mit Spenden für die Kinder traf zu Weihnachten in Lugansk ein.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32021/87/320218793.jpg>

Dnr-online.ru: Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat eine Strafsache gegen Einwohner der LVR fabriziert, die von Mitarbeitern der Hauptabteilung des SBU im Donezker und Lugansker Oblast mit Hilfe von Drohungen und Folter gezwungen wurden, sich und ihre Bekannten zu verleumdern. Sie wurden gezwungen, die Organisation von terroristischen Aktionen gegen Vertreter ukrainischer Spezialdienste und Mitglieder deren Familien auf Anweisung des Staatssicherheitsministeriums der Republik zu gestehen.

Mit entsprechenden Erklärungen hat sich der Lugansker Nikolaj Lesnikow, dem es nach dem „Geständnis“ gelungen ist, zusammen mit seiner schwangeren Frau Olga Gusewa aus Sewerodonezk zu fliehen, an die Staatssicherheitsorgane der LVR gewandt.

Das MfS der LVR erklärt offiziell, dass es in seiner Tätigkeit von den Prinzipien der Gesetzlichkeit und der allgemeinen menschlichen Moral geleitet wird und im Unterschied zu den ukrainischen Spezialdiensten keine terroristischen Aktivitäten gegen Bürger der Ukraine durchführt.

Nikolaj Lesnikow und Olga Gusewa haben vor, sich wegen grober Verletzung der Menschenrechte und rechtswidrigem Verhalten der ukrainischen Spezialdienste an entsprechende internationale Rechtsschutzorganisationen zu wenden.

de.sputniknews.com: Unter Vorwand einer Friedensmission: Kiew will mit Lugansk und Donezk abrechnen

Die Ukraine will unter dem Vorwand einer Friedensmission mit Hilfe ihrer Sponsoren und Wohltäter gegen die selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk (LNR und DNR) vorgehen. Dies betonte der erste stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für

GUS-Angelegenheiten Konstantin Satulin.

Wie der ukrainische Chefdiplomat Pawel Klimkin in einem Interview dem TV-Sender „Inter“ erklärte, würde die Ukraine Druck auf Russland ausüben, wenn es um die Stationierung der UN-Friedensmission im Donbass gehe.

„Ich zweifelte nicht daran, dass die Ukraine froh wäre, die Truppen ihrer Sponsoren und Wohltäter im Einsatz zu sehen, die statt ihr selbst (der ukrainischen Truppen — Anm. d. Red.) eine Mission im Donbass durchführen könnten, sodass es unter dem Deckmantel der sogenannten Friedensgruppen möglich wäre, mit den Volksrepubliken Lugansk und Donezk abzurechnen. Eigentlich möchte die Ukraine nur erreichen, dass jemand dieses Problem für sie löst“, so Satulin.

Laut Satulin wird Russland den Einsatz derartiger Friedensmissionen nicht gestatten.

„Das wird per Definition nicht passieren. Da Russland nicht gestatten wird, dass die Friedensoperation durchgeführt wird, bevor andere Verpflichtungen der Ukraine erfüllt werden“, räumte er ein.

Kiew will den Einmarsch einer UN-Friedenstruppe in den Donbass erwirken. Zuvor hatte Russlands Präsident, Waldimir Putin, erklärt, dass er die Idee der Entsendung von Friedenssoldaten in die Ukraine unterstütze, doch es könne sich dabei nur um die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter der OSZE-Mission handeln.

Der ukrainische Außenminister, Pawel Klimkin, erklärte indessen, dass Kiew, Washington, Berlin und Paris praktisch einen gemeinsamen UN-Resolutionsentwurf für die Entsendung von Friedenssoldaten in den Donbass ausgearbeitet hätten. In Moskau verglich man diese Initiativen mit der Einführung einer „Besatzungsadministration im Donbass“.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen trotz des geltenden

„Osterwaffenstillstands“ viermal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften **Kalinowo und Kalinowka**. Die ukrainischen Kämpfer haben bei den Beschüssen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120- und 82mm-Mrser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 70 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte verwenden eine faschistische Taktik der Kampfführung und verstecken sich hinter friedlichen Bürger als lebendes Schild und besetzen auch Wohnhäuser und treiben die Besitzer auf die Straße. Solche Handlungen sind im OSZE-Bericht für den 4. April zu finden. Die Beobachter haben zwei Schützenpanzer zwischen Wohnhäusern bei Solotoje-3 (Stachanowez), einen Schützenpanzer in der Nähe von Stschastje gesehen und am 5. April hat ein Team der Mission ein Abwehrgeschütz (3U-23-4 „Schilka“, 23mm) in der Nähe von Popasnaja gesehen.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Diebstahl von Material und Treibstoff in den Einheiten der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde vom Stab der „ATO“ eine Kommission zur Überprüfung der Lage der Dinge und des Vorhandenseins von Material benannt, zu der Offiziere aus dem rückwärtigen Dienst sowie der Dienste für Treibstoff und Raketenartilleriewaffen gehören.

Vor dem Besuch der Kommission haben Funktionsträger der Brigade massenhaft Dieseltreibstoff und Benzin an Tankstellen in Stschastje, Walujskoje und Makarowo aufgekauft. Nach Mitteilung von örtlichen Einwohnern leiden sie bereits an einem Defizit an Treibstoff, das durch die ukrainischen Soldaten ausgelöst wurde.

Außerdem hat wegen des niedrigen moralisch-psychischen Zustands des ukrainischen Soldaten und der sich häufenden Fälle von Selbstmord, nicht kampfbedingten Verlusten und

Desertion vom 4. bis 7. April eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte mit 10 Personen sowie Ermittler der Militärstaatsanwaltschaft in der 10. Gebirgsturmgruppe gearbeitet.

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, hat diese Kommission in der letzten Woche in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade gearbeitet. In der Folge der Arbeit der Kommission und auf dem Hintergrund der entdeckten kritischen moralisch-psychischen Lage der ukrainischen Soldaten wurde die Entscheidung getroffen, regelmäßig einmal im Monat eine Gruppe Psychologen in die Einheiten der Brigade zu schicken, um mit den Soldaten zu arbeiten. Außerdem ist zu bemerken, dass eine Reihe von Funktionsträgern, die Kommandofunktionen innehaben, Disziplinarstrafen erhalten haben, einige Offiziere wurden in den Stab der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ zitiert, um Erläuterungen zu geben.

Die Volksmiliz der LVR ihrerseits lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und widmet den Fragen der Sicherheit der Republik erhöhte Aufmerksamkeit. Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen durchgeführt, bei denen die Kenntnisse und Fertigkeiten der Soldaten bei der Verteidigung vervollkommen werden.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen genau einhält, aber im Fall einer direkten Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen bereit ist, entschieden zu handeln.

Und zum Abschluss wende ich mich an die Soldaten der Ukraine, ich rufe Sie auf, keine verbrecherischen Befehle des Kommandos auszuführen. Geben Sie den orthodoxen Menschen die Möglichkeit, die Osterfeiertage zu begehen. Sie sollten sich erinnern, dass Sie auch slawische Wurzeln haben und wir ein Volk sind, gegen das unsere jahrhundertelangen Feinde einen gemeinen Krieg entfacht und uns aufeinander gehetzt haben.

Frage: Der Innenminister der Ukraine Arsen Awakow hat am Freitag, den 6. April, während eines Treffens mit einer Delegation des Amerikanischen Rats für Außenpolitik (AFPC) gesagt, dass „die Befreiung des Territoriums des Donbass und die Wiederherstellung der Kontrolle über die östliche Grenzen eine Polizeioperation unter Hinzuziehung von Friedenstruppen sein wird und keine militärische“. Wie können Sie das kommentieren? Und ist die Volksmiliz bereit, Polizeikräften zu widerstehen?

Antwort: Ich denke, dass es nicht nötig ist, die Erklärung des Verbrechers und vorbestraften Innenministers Awakow ernsthaft zu behandeln. Um diese Fragen mit der ukrainischen Seite zu erörtern, müssen vor allem die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen eingehalten werden und ein Einvernehmen mit der LVR und der DVR erzielt werden.

Und es ist nicht nötig, sich etwas auszudenken. Wie sagte schon im 19. Jahrhundert der deutsche Dichter, Staatsmann und Philosoph Johann Wolfgang Goethe - „Alles Gescheite ist schon gedacht worden. Man muss nur versuchen, es noch einmal zu denken.“.

Dnr-news.com: OUN schließt Versuche zur Zerstörung der Kertsch-Brücke nicht aus
Vertreter der ukrainischen nationalistischen Organisation OUN schlossen Versuche nicht aus, die Krimbrücke zu zerstören und auf der Krim „Partisanenmethoden“ anzuwenden. Dies erklärte der Führer dieser Organisation Nikolai Kochaniwsky gegenüber der ukrainischen Website „Obosrewatel“.

„Es ist ein Krieg. Die Methoden des Partisanenkampfes haben sich seit dem I. und II. Weltkrieg nicht geändert, wir sind bereit sie anzuwenden, und wir haben sie auch schon benutzt – wir waren an der Front“, sagte Kochaniwsky.

Die Journalisten vom „Obosrewatel“ fragten, welche Aktionen die ukrainischen Nationalisten direkt auf dem Territorium der Krim durchführen wollen.

„Wir werden nachdenken. Es ist verständlich, dass wir mit allen Mitteln, entsprechend unserer Möglichkeiten, die Krim zurückholen wollen. Doch ich möchte mich noch nicht mit dem rühmen, was noch nicht getan ist. Wir werden darüber nachdenken.“

Und was wollen Sie denn? Der Krieg umfasst die Zerstörung von Eisenbahnlinien, die

Zerstörung der elektrischen Stützpfeiler des Gegners. Wenn es zum Beispiel irgendeine Straße vom Festland auf die Krim gibt, warum sollte man dann nicht eine Art von Zerstörung organisieren?

Sie wollen, dass wie in den Zeiten des Krieges mit Plakaten „Okkupanten haut ab!“ oder „Keine Krimbrücke!“ herumlaufen? Das ist Quatsch. Mit den politischen Methoden des Kampfes soll sich der Präsident befassen“, fügte er hinzu.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/1523107352_1019249066.jpg

Dan-news.info: Kinder von Soldaten der Einheit zur Durchführung von Spezialaufgaben mit besonderem Risiko „Legion“ des Zivilschutzministeriums der DVR haben heute an einer Exkursion in das Donezker republikanische Kunstmuseum teilgenommen. Darüber berichtete der Kommandeur der Einheit, der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Oberst Sergej Sawdowejew.

„Bei der Durchführung des Ostertreffens im Museum hat uns die gesellschaftliche Organisation „Oplot Donbassa“ geholfen, die Kinder unserer Soldaten sind gern gekommen. Insgesamt waren dort heute 50 Kinder und 30 Erwachsene“, erzählte Sawdowejew. Für die Kinder haben Übersichtsführungen und verschiedene praktische Workshops stattgefunden. Die Kinder der Soldaten erhielten auch süße Ostergeschenke.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/04/dan-news.info-2018-04-07_11-57-05_776672-dsc5565-1024x685.jpg

de.sputniknews.com: Syrien: Raketenangriff auf Damaskus – Tote und Verletzte

In Syriens Hauptstadt Damaskus ist es erneut zu einem Raketenschlag gekommen. Fünf Menschen sind bei dem Vorfall getötet und dreißig weitere verletzt worden. Dies erfuhrt Sputnik am Samstag von mit der Angelegenheit vertrauten Kreisen.

Von dem Raketenangriff seien der Umayyaden-Platz und umliegende Bezirke betroffen.

„Eine Rakete explodierte im zentralen Stadtviertel von Damaskus, mehrere weitere Raketen wurden auf den Umayyaden-Platz abgeschossen. Den behandelnden Ärzten zufolge wurden fünf Menschen getötet und dreißig weitere verletzt“, hieß es in der Mitteilung.

Nach Angaben der syrischen Sicherheitskreise sollen die Kämpfer der radikalen Gruppierung Dschaisch al-Islam* für den Raketenangriff verantwortlich sein.

Früheren Berichten zufolge brachen die Terroristen die unter Russlands Vermittlung getroffenen Vereinbarungen mit der syrischen Armee und eröffneten Feuer aus Minenwerfern auf den humanitären Korridor in der Siedlung Muhayam al-Wafedin sowie auf den Randbezirk Dachija al-Assad der syrischen Hauptstadt. Wegen des Beschusses kamen vier Menschen ums Leben, weitere 22 erlitten Verletzungen.

Syrische Luftkräfte hätten mit Luftangriffen gegen Feuerstellungen der Terroristen reagiert. Duma gilt als eine der letzten Hochburgen von Terroristen in Syrien. Dank den früher erreichten Vereinbarungen seien die Kämpfer der Gruppierung Failak Ar-Rahman und ihre Familienmitglieder unter der Kontrolle der Militärpolizei Russlands und Syriens aus Ost-Ghuta in die Provinz Idlib abgezogen worden. Laut staatlichen Medienberichten haben auch die Angehörigen von Dschaisch al-Islam Ost-Ghuta Anfang der Woche verlassen.

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Organisation „Oplot Donbassa“ hat heute an der Front Ostergebäck an die Soldaten der internationalen Brigade „Pjataschka“ übergeben. „Heute haben Vertreter der gesellschaftlichen Organisation „Oplot Donbassa“ zu Ostern die

Soldaten der internationalen Brigade „Pjataschka“ besucht, die sich zurzeit an der Front befindet, um ihnen frohe Ostern zu wünschen und Osterkuchen zu überreichen. Insgesamt wurden 270 Ostergeschenke übergeben“, teilte der Pressedienst von Oplot Donbassa mit. Der Besuch erfolgte gemeinsam mit dem Leiter der Sneshnojer Organisation von „Oplot Donbassa“, dem Helden der DVR Achroj Awidsboj.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2016/05/%D0%BF%D0%B0%D1%81%D1%85%D0%B0-%D0%BA%D1%80%D0%B0%D1%81%D0%BD%D0%B0%D1%8F-2016-20.jpg>

de.sputniknews.com: Russische Botschaft in London richtet Note an britisches Außenministerium

Die russische Botschaft in London hat eine Note an das britische Außenministerium gerichtet, in der sie um ein Treffen zwischen dem Botschafter Alexander Jakowenko und dem britischen Außenminister Boris Johnson gebeten hat. Das teilte ein Vertreter des Pressedienstes der Botschaft am Samstag gegenüber RIA Novosti mit.

„Es scheint, dass das Treffen des Botschafters, Alexander Jakowenko, mit dem britischen Außenminister, Boris Johnson, lange überfällig ist, damit sie den gesamten Komplex der bilateralen Beziehungen sowie die Ermittlung des Vorfalls in Salisbury erörtern können. Diesbezüglich hat Jakowenko eine persönliche Note an Johnson gerichtet“, sagte der Diplomat.

Er betonte, die Botschaft könne die aktuelle Ebene der Zusammenarbeit mit dem britischen Außenministerium nicht als ausreichend einschätzen.

„Wir hoffen auf eine konstruktive Antwort der britischen Seite und rechnen damit, dass ein solches Treffen in allernächster Zeit veranstaltet wird“, so der Diplomat...

Lug-info.com: „Trotz aller Aufrufe zur Einhaltung des Regimes der Ruhe und des „Osterwaffenstillstands“ erteilt die ukrainische verbrecherische Regierung Befehle zur Vernichtung von Einwohnern der LVR. Bis 15:00 am 7. April wurden vier Beschüsse mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen festgestellt“, teilte der offizielle Vertreter der

Volksmiliz Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„In der Folge der ukrainischen Aggression und des Genozids wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR, geb. 1967, tödlich verletzt, ein Soldat, geb. 1978, erlitt eine mittelschwere Verletzung**“, teilte der Oberstleutnant mit.

Marotschko erläuterte, dass die Kiewer Truppe das Gebiet von Wesjologorwka und Kalinowo beschossen haben. Es wurde mit 120mm-Mörsern und Granatwerfern geschossen.

de.sputniknews.com: „Die Russen kommen“: Fehllarm in Norwegen versetzt die Stadt in Angst

In der norwegischen Stadt Vadsø in der Nähe zur Grenze mit Russland ist am Mittwoch ein falsches Sirensignal ertönt, wobei die alarmierten Stadteinwohner es als eine Warnung wegen der angeblichen russischen Militäroffensive wahrgenommen haben. Dies berichtete der norwegische Fernsehsender NRK.

Das Alarmsignal ertönte um 23.50 Uhr Ortszeit. Unklar ist, was die Sirene ausgelöst hatte.

Laut dem Chef der lokalen Polizei, Jan-Olav Schjølberg, dachten einige Stadteinwohner, dass ein Krieg begonnen hätte. Die Polizei habe einige solche Anrufe empfangen.

Im Januar war es im US-Bundesstaat Hawaii zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Damals hatten die Ortsbewohner per SMS eine Warnung vor einer Raketenbedrohung erhalten. „Dies ist keine Übung“, hieß es in der Nachricht.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Nachmittag

13:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** eröffnet, es wurden 6 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

16:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** eröffnet, es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

17:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben wieder das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** eröffnet, es wurden 16 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

18:00 die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

18:00 - die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks auf **Spartak** eröffnet, es wurden 16 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

18:16 - die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje** eröffnet, es wurden 4 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

18:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 6 Granatgeschosse abgeschossen, es werden Schusswaffen verwendet.

Ukrinform.ua: Giftanschlag auf Skripal: Gesetzentwurf mit neuen Russland-Sanktionen im US-Repräsentantenhaus eingebracht

Die US-Abgeordneten Joaquín Castro und Michael Turner haben einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf zur Unterstützung von Großbritannien nach einem Giftanschlag in Salisbury im Repräsentantenhaus eingebracht.

Im Gesetzentwurf werden Sanktionen gegen Verantwortliche für den Anschlag auf Sergei und Julia Skripal gefordert, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die USA sollten Solidarität mit Großbritannien zeigen. Der Versuch der russischen Regierung, Morde auf britischem Boden zu begehen, sei unzumutbar und sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Gemäß dem Entwurf soll der Präsident der USA Sanktionen gegen die Verantwortlichen für den Anschlag binnen 60 Tagen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes verhängen.

de.sputniknews.com: Wie Julia Skripal britische Pläne zu Verleumdung Russlands durchkreuzt – Medien

Der Zustand der Tochter des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal, Julia Skripal, hat sich derzeit verbessert. Die Frau ist beinahe bereit, das Krankenhaus zu verlassen. Mit ihrer Genesung gerät die offizielle Version Londons zum vermeintlichen Giftanschlag von Salisbury immer mehr ins Wanken, schreibt der russische Sender „Swesda“.

Am Mittwoch wurde eine Aufzeichnung des angeblichen Gesprächs zwischen Julia Skripal und ihrer Cousine Victoria in einer Sendung des TV-Senders „Rossija 1“ publik gemacht. „Alles in Ordnung, alles ist lösbar, alle erholen sich, alle sind am Leben“, soll Julia gesagt haben.

Die schnelle Verbesserung des Zustands der Frau wäre laut „Swesda“ jedoch kaum möglich gewesen, wenn gegen die Skripals ein starkes Gift eingesetzt worden wäre, behaupten die britischen Behörden.

Bemerkenswert sind unter anderem die Worte von Julia, die den „Einwohnern von Salisbury“ ihre Dankbarkeit ausdrückt. „Besonders möchte ich die Einwohner von Salisbury erwähnen, die zu Hilfe gekommen sind, als mein Vater und ich hilflos waren“, hieß es in einer Erklärung von Julia Skripal, die auf der Webseite von Scotland Yard veröffentlicht wurde.

Diese Worte „stimmen mit der Version der britischen Offizielle nicht überein“, so „Swesda“. „Nach Londons Behauptungen wurde ein ganzes Arsenal von ‚starken Giftstoffen‘ eingesetzt. (...) Es stellt sich dann die Frage: Wie fühlen sich diejenigen Bürger, die als erste dem Vater und der Tochter zu Hilfe gekommen sind? Sie hatten wohl keine Schutzausrüstung“.

Auch nicht zu vergessen sei der Polizist, der während des Vorfalles von Salisbury ebenfalls eine Vergiftung erlitten haben soll, jedoch nur wenige Tage im Krankenhaus verbracht habe. Der Ex-Spion Sergej Skripal selbst befindet sich nach Angaben der Agentur Reuters nicht mehr in einem kritischen Zustand. Laut den britischen Offiziellen soll „keine Hoffnung“ auf seine Genesung bestanden haben.

„Wie ist das möglich? Hat das heimtückische ‚Nowitschok‘, mit dessen Verwendung Theresa May und Boris Johnson alle so beängstigten, nicht funktioniert? Ist es denn verfallen? Oder war das vielleicht gar kein russisches ‚Nowitschok‘, was vor kurzem eine Untersuchung im spezialisierten Labor Porton Down des britischen Verteidigungsministeriums belegte?“, fragt der Sender....

Abends:

de.sputniknews.com: Saakaschwili findet neue Arbeit und hofft „nicht für lange“

Der Ex-Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur des ukrainischen Schwarzmeergebietes Odessa Michail Saakaschwili hat via Facebook mitgeteilt, dass er neue Arbeit gefunden hat. „Ich habe mit der niederländischen Speakers Academy eine Zusammenarbeit vereinbart. Solange ich in Europa bin, werde ich mit Vorlesungen meinen Lebensunterhalt verdienen. Die Belegschaft der Akademie ist toll, sie haben mich damit beeindruckt, dass sie die Spezifik unserer Region gut kennen und richtige Werte haben. Ich hoffe, ich werde nicht lange Vorlesungen halten, und meine Erfahrungen werde ich nicht für Vorlesungen nutzen, sondern um die Oligarchen der Macht zu entheben und für eine richtige Reformierung“, schrieb Saakaschwili auf seinem Facebook-Account.

Mitte Februar dieses Jahres hatte die ukrainische Grenzschutzbehörde Saakaschwili nach

Polen abgeschoben, von dessen Territorium aus er im vergangenen Herbst illegal in die Ukraine eingedrungen war und dabei die Absperrungen der Grenzschutzbeamten und Gesetzeshüter durchbrochen hatte. Später bestätigte der polnische Grenzschutz, dass Saakaschwili nach Warschau gekommen sei. Dann hat sich Saakaschwili in die Niederlande abgesetzt. Der ukrainische Grenzschutz verbot ihm die Einreise ins Land bis 2021

ACADEMY® NEWS

#SHAREYOURKNOWLEDGE | SPEAKERSACADEMY.NL



Mikheil Saakashvili



We hadden de eer om de oud-president van Georgië, de heer Mikheil Saakashvili, te verwelkomen als nieuwe faculty member bij Speakers Academy®. De onderwerpen van zijn lezing variëren van politiek en juridisch tot sociaal, economisch en anti-corruptie. Georgië werd onder zijn leiderschap World Bank's nummer 1 op het gebied economische hervormingen. Ook bij de World Bank's 'ease of doing business' rang ging het land van de 127ste naar de 8ste plaats.

Nodig [Mikheil Saakashvili](#) nu uit voor een lezing.

<https://scontent-frt3->

1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p180x540/30127824_1908776165819422_2089065195056922624_n.png?_nc_cat=0&oh=b02cd9bc5e1580651a578d7406311dc1&oe=5B6F0E86

dnr-news.com: Die Mannschaft des in der Ukraine festgehaltenen Schiffes „Nord“ wurde freigelassen

Die Mannschaft des in der Ukraine festgehaltenen Fischfangschiffes „Nord“ von der Krim wurde freigelassen. Dies erklärte gegenüber Journalisten Anna Scheweleva, eine Vertreterin der Reederei – dem Kertscher Fischkolchos „1. Mai“.

„Die Mannschaft, mit Ausnahme des Kapitäns, befindet sich in Freiheit. Jetzt sind sie alle in Mariupol. Doch sie müssen alle noch einmal am 10. zur Vernehmung durch den SBU im Zusammenhang mit der Strafsache des Kapitäns“, sagte Scheweleva.

Die Seeleute hatten mehr als 10 Tage an Bord mit faulendem Fisch verbringen müssen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1523095573_1517934436.jpg

de.sputniknews.com: Litauen schickt Militärausbilder in die Ukraine
Litauen plant, zwölf Militärausbilder in die Westukraine zu schicken, meldet das Portal „Delfi“ unter Berufung auf das litauische Verteidigungsministerium.
Demnach fand am Freitag, dem 6. April, eine Abschiedszeremonie für die neue Ausbildergruppe statt, in der auch Soldaten der Litauischen Freiwilligenstreitkräfte vertreten sind.

Laut dem Portal werden die Soldaten der litauischen Armee zusammen mit Militärangehörigen der USA, Kanadas, Polens und Großbritanniens ukrainische Soldaten in Operationsplanung ausbilden. Der Mitteilung zufolge werden die Militärübungen auf dem Truppenübungsgelände Jaworiw in der Westukraine abgehalten.

Die neue Ausbildungsmission soll bis Ende Juli dauern. Während dieser Zeit sollen „Ausbildung, Schießübungen sowie andere Maßnahmen durchgeführt und bewertet werden“, hieß es.

Zuvor wurde bekannt gegeben, dass 50 Militärausbilder aus Kanada für die Weiterbildung der ukrainischen Streitkräfte in der Ukraine eingetroffen sind.